

## Protokoll

### der ordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 28. März 2008, 20.00 Uhr, im Mehrzweckgebäude Hof

Vorsitz:	Erich Jud, Gemeindepräsident
Protokoll:	David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber
Stimmberechtigung insgesamt:	2'473 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
anwesende Stimmberechtigte:	283 abgegebene Stimmausweise
Stimmausweiskontrolle:	Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis Emil Schwitter, Feldweg, Rufi
Stimmenzähler:	Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis Anton Glarner, Landstrasse 18, Rufi Verena Glarner, Neugut 5, Schänis Emil Schwitter, Feldweg, Rufi
Mikrophon:	Peter Schnyder, Warthausen Dorf 448, Schänis
Präsenz:	Gemeinderat vollzählig
Ende der Versammlung:	20.50 Uhr

Die Ankündigung der Bürgerversammlung erfolgte gemäss Art. 45 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) rechtzeitig.

---

## Einleitung

Mit den nachstehenden Ausführungen eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die heutige Bürgerversammlung:

*"Beginnen wir die heutige Bürgerversammlung mit Wilhelm Busch, der meint: 'Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr.' Natürlich wollen wir heute miteinander nicht über die Schwierigkeit des Vaterseins diskutieren, sondern über Buschs Zitat in abgeänderter Form nachdenken, im Sinne von: 'Gemeinderat werden ist nicht schwer, Gemeinderat sein dagegen sehr.'"*

*Und vor allem Busch's Reim auch noch in Richtung Legislative anpassen: 'Gesetze zu machen ist nicht schwer, Gesetze vernünftig umzusetzen dagegen sehr.'"*

*Gesetze sind da, damit auch die armen Juristen Brot essen dürfen, wird hie und da behauptet. In Tat und Wahrheit haben wir uns jedoch mit den Gesetzen Leitplanken gegeben, damit wir ohne zu viel Streit nebeneinander leben können und jede Bürgerin und jeder Bürger möglichst gerecht und fair behandelt wird.*

*Gesetze müssen strikte angewendet und umgesetzt werden, die eine Forderung, Gesetze müssen mit Augenmass, nach einer Interessenabwägung und verhältnismässig durchgesetzt werden, die andere Meinung. Oder mit anderen Worten, wenn der Gemeinderat eine Unrechtmässigkeit ahndet ist er stur; wird ein Auge zuge-drückt, ist der Gemeindepräsident ein Softie und führungsschwach.*

*Dazu zwei/drei Beispiele, authentisch in unserer Gemeinde passiert: Ein junger und tüchtiger Handwerker will eigenständig werden. In einer Probierphase arbeitet er hie und da in der Scheune seines Freundes in der Landwirtschaftszone, was natürlich nicht gestattet ist. Der Gemeinderat hat vom bösen Tun läuten gehört, ist aber nicht mit harter Hand eingeschritten und hat den jungen Handwerksmann lediglich ersucht, den nicht gesetzeskonformen Zustand gelegentlich zu ändern. Mit dem Resultat, dass ein lieber Bürger nach St. Gallen geschrieben und dem Gemeinderat Untätigkeit vorgeworfen hat, natürlich verbunden mit der Aufforderung, den unrechtmässigen Zustand sofort zu korrigieren. Und fast überall wird man dann, wenn der rechtmässige Zustand durchgesetzt werden muss, über den sturen Gemeinderat den Kopf schütteln.*

*Alpwirtschaften dürfen während des Sommers, nicht aber im Winter betrieben werden. Weil aber vom Gemeinderat nie eine genaue Kontrolle durchgeführt wurde und er vor allem in der Auslegung etwas grosszügig war, hat sich jemand ebenfalls vertrauensvoll an St. Gallen gewandt, mit folgendem Ergebnis:*

*'Wir ersuchen Sie', heisst es im Brief an den Gemeinderat, 'die Bewilligung für die Umnutzung zur Besenbeiz bzw. Alprestaurant oder den Nachweis des Bestandes des Restaurants am 1. Juli 1972 mit den entsprechenden Öffnungszeiten zu übermitteln. Oder', und dieses Oder ist massgebend, 'weil das betreffende Alprestaurant vor 1972 noch nicht so intensiv betrieben wurde,*

- *ist für die Umnutzung für eine Besenbeiz nach 1972 ein Baubewilligungsverfahren einzuleiten.*

- Zur Beurteilung notwendig sind die aktuellen Planunterlagen. Mit folgenden zusätzlichen Angaben:
- Wer bewirtschaftet das Restaurant?
- Wer bewirtschaftet und wie die Alp und in welcher Alpzeit?
- Wer bewirtschaftete rückblickend Restaurant und Alp?
- Schätzungsprotokolle seit 1972
- Sämtliche Ausschankbewilligungen o.ä.
- Abwasserentsorgung?
- Trinkwassererschliessung?
- Was wird gekocht und ausgeschenkt?
- Gibt es ein Tourismuskonzept?'

Das wär's denn. Punkt. Ich denke, Sie können sich vorstellen, dass es tagelanger Arbeit bedarf, bis die Dokumente gesucht sind, sofern es denn überhaupt solche gibt. Und niemand begreifen kann und begreifen will, was der Gemeinderat da für unsinnige Sachen macht.

Gehen wir mit unseren Gedanken noch rasch zum Solenberg: Eine Seite fordert mit Vehemenz eine bessere Beleuchtung, eine andere will den typisch naturnahen Charakter des Solenbergs auf jeden Fall erhalten. Für beide Varianten gibt es glühende Bezeugungen. Der Gemeinderat will selbstverständlich auch im Solenberg immer nur das Beste und hat darum eine Umfrage bei den Bewohnern durchgeführt. Mit 28 gegen acht haben sich die Bewohner gegen zusätzliche Strassenlampen ausgesprochen. Daraufhin konnte man bei einem Komitee nachlesen:

- 'Der Gemeinderat versucht einmal mehr, die Anwohner des Solenbergs mit der ungenau formulierten Umfrage gegenseitig auszuspielen.
- Der Gemeinderat ist vollumfänglich zuständig für die Sicherheit im Weiler Solenberg. Dazu gehört nun mal auch eine optimale Ausleuchtung.
- Es wird in Betracht gezogen, die zuständige Behörde vom Kanton St. Gallen über die ausserordentlichen Gesetze anzufragen.'

Sie sehen also, meine geschätzten Damen und Herren, immer ist es nicht ganz einfach für den Gemeinderat.

In keinem der geschilderten Fälle dürfte, dies sei zur Ehrenrettung der beteiligten Personen angefügt, Boshaftigkeit eine Rolle gespielt haben, sondern das Bestreben nach mehr Gerechtigkeit für alle und dem Wunsch nach grösserer Gesetzesdisziplin. Es geht also nicht darum, jemanden in die Pfanne zu hauen, sondern um etwas Verständnis zu ersuchen, wenn der Gemeinderat wenig beliebte Taten verbringen oder verbringen lassen muss.

**'Schänis geht es gut'**, habe ich Ihnen an der letzten Bürgerversammlung gesagt.

**'Schänis geht es gut, Schänis lebt und in Schänis bewegt sich etwas'**, sage ich Ihnen auch heute wieder.

Geschätzte Mitbürgerinnen und geschätzte Mitbürger!

Bevor wir zum offiziellen Teil kommen, noch ein paar Worte was sich so tut oder eben nicht tut:

*Sehr, sehr herzlich geht es mit der Bachsanierung vorwärts. Fast ein Jahr strichen für Abklärungen und Gespräche ins Land, bis ein Okay des Kantons für den Teilzonenplan „Steine“, vorlag. Voraussichtlich am 14. April wird der Gemeinderat diesen Teilzonenplan erlassen und ab 28. April öffentlich auflegen. Leider ist im Moment davon auszugehen, dass gegen diesen Teilzonenplan Einsprache gemacht wird. Der Gemeinderat ist aber aktiv daran, gütliche Lösungen zu finden.*

*Im Juni letzten Jahres gingen 21 Einsprachen gegen das Bachsanierungsprojekt ein. Erst im Oktober dann, fanden die Einspracheverhandlungen statt. Die Protokolle dieser Einspracheverhandlungen sind noch nicht bei den Einsprechern eingetroffen; dies soll nun aber bis spätestens Mitte April passieren. Der zuständige Jurist beim Tiefbauamt, ein sehr umgänglicher Mann und guter Unterhändler, hat mir letzte Woche am Telefon gesagt: 'Du kannst wegen den Verzögerungen dem Kanton Schuld geben.' Was ich hiermit getan habe.*

*Was den Wasserbau betrifft, so ist im Amtsbericht nachzulesen, will der Gemeinderat eine Abklärung auch beim Rufibach machen. Denn es darf nicht sein, dass die Anstösser wiederholt an Bachschäden zahlen müssen, ohne dass dem Übel auf den Grund gegangen wird. Die Kosten für diese Abklärungen werden von uns als Gemeinschaft übernommen, so der Vorschlag des Gemeinderates.*

*Im Amtsbericht habe ich geschrieben, dass es im Jahre 2007 sehr umstrittene Bauvorhaben gegeben habe. Angeführt habe ich dabei auch das geplante Mehrfamilienhaus der EVS AG an der Escherstrasse. Was nicht geschrieben wurde, erzähle ich Ihnen heute: Im Zusammenhang mit dem Verkauf des Grundstücks an die EVS AG, wo ja die Gemeinde, also wir alle, Mehrheitsaktionärin ist, wurde beim Departement des Innern eine aufsichtsrechtliche Anzeige gegen den Gemeinderat eingereicht. Und dies obwohl der Gemeinderat glaubt, in jeder Hinsicht nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Zu einem laufenden Verfahren will der Gemeinderat nicht Stellung nehmen, nur soviel: Mit der Todesstrafe wird er kaum rechnen müssen.*

*Ein Ärgernis ist für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger der Kranplatz der Interkran AG im Säumergut. Nach einer Einspracheverhandlung mit dem Rechtsdienst des Baudepartements wegen der durch den Gemeinderat verweigerten Baubewilligung für den Kranplatz mit Geschäftshaus, geht das Baudepartment in einer ersten Stellungnahme davon aus, dass die Bewilligung mit Auflagen erteilt werden muss. Über diese Auflagen wird übernächste Woche verhandelt; der Gemeinderat hat nachher zu entscheiden, ob er diese Baubewilligung mit Auflagen erteilen will oder nicht. Wenn nicht, hat das Baudepartment den Rekurs zu entscheiden.*

*Einen idealeren Standort für eine Natelantenne von Orange als den Entsorgungsort gibt es nicht, glaubte der Gemeinderat. Und obendrein hätten wegen des Standortentgelts die Entsorgungskosten um jährlich 5'000 Franken reduziert werden können. Aber weit gefehlt. Mit einer Unterschriftensammlung haben ungefähr 120 Mitbürgerinnen und Mitbürger Einsprache erhoben. Der Gemeinderat hat nun erreicht, dass das Baubewilligungsgesuch durch Orange aus freien Stücken zurückgezogen wurde. Damit kann eine unnötige Juristerei vermieden werden.*

Öffentlich aufliegend sind derzeit der Teilstrassenplan 'Vorheime', also die an der ausserordentlichen Bürgerversammlung beschlossene Erschliessung des Grundstückes für die neu zu erstellenden Alterswohnungen. Dem fakultativen Referendum unterstellt ist im Moment auch das Projekt zur Verbesserung der Fussgängersicherheit im Unterdorf, sprich dem Trottoirbau bzw. Ausbau.

Demnächst abgeschlossen werden, so hoffe ich wenigstens, kann die kommunale Richtplanung. Selbstverständlich wird anhand der Auflage zu diesem wichtigen Planungswerk zu einem Informationsabend eingeladen, vermutlich mit anschliessendem Apero für jedermann.

Der Raumplaner der Gemeinde befasst sich derzeit aber auch intensiv mit Abklärungen bezüglich eines K-Standortes, damit wir IKEA auch tatsächlich in unsere Arme schliessen könnten. Gegen Ende Mai sollte ein Entwurf des Antrages an den Kanton vorliegen, der dann mit den Verantwortlichen des Kantons diskutiert und wenn notwendig noch verbessert wird. Der K-Standort umfasst auch das Gebiet hinter dem Jumbo, wo die Eigentümerin, die Westgate AG mit Sitz in Zug, etwas realisieren will.

Immer wieder zu reden geben wilde Auffüllungen, sogenannte Bodenverbesserungen. Dabei ist es so, dass es bis zu einem Volumen von 100 Kubikmeter nur eine einfache Bewilligung mit Meldeverfahren durch die Gemeinde braucht. Mit 100 Kubikmetern sind aber nicht 100 Kubikmeter pro Tag gemeint. In Bezug auf Auffüllungen gibt es derzeit intensive Abklärungen, ob der Boden des sich senkenden Geländes im Riet mit einer Grossauffüllung verbessert werden könnte. Benötigtes Material gibt es auch bei der Linthsanierung, die früher oder später stattfinden wird.

Die Verkehrssituation auf der Biltnerstrasse im Raume Jumbo, Eurospar, Tankstelle und Autowaschstrasse ist nicht ideal und wurde in den letzten Jahren, gefördert durch ständiges Verkehrswachstum, immer heikler. Im Zusammenhang mit dem Baugesuch von Aldi hat das Tiefbauamt den Gemeinderat beauftragt, ein Verkehrsgutachten zu machen. Dieses Gutachten ist zwischenzeitlich vom Gemeinderat der Firma asa in Auftrag gegeben worden.

Fördern will der Gemeinderat auch den öffentlichen Verkehr. Spricht man bei der Region ZürichseeLinth über dieses Thema, so selten im Sinne von Schänis. Denn ausser Amden, Weesen, Schänis und Benken bevorzugt man bei der Region ZürichseeLinth bei der Bahn vor allem einen Ausbau von Rapperswil-Jona via Uznach in Richtung Kaltbrunn. Mit allenfalls zusätzlicher Haltestelle beim Spital. In mancherlei Hinsicht drängt sich deshalb, weil die Interessenlage dieselbe ist, eine engere Zusammenarbeit mit dem Glarnerland auf, so auch beim öffentlichen Verkehr, sprich Busbetrieb. Nach Gesprächen der Gemeinde Schänis mit Vertretern der Kantone Glarus und St. Gallen, wurde vom Gemeinderat ein Verkehrsplaner beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine Busverbindung mit dem Glarnerland, und zwar via Industrie- und Einkaufszone, machbar wäre und mit was für Kostenfolgen.

Bald freuen auf ein neues Tanklöschfahrzeug darf sich die Feuerwehr. Das Ausschreibungs- und Auswahlverfahren ist in Zusammenarbeit mit den Kantonen Glarus und St. Gallen abgeschlossen. Wir warten jetzt noch auf die Subventionszusage der Gebäudeversicherungsanstalt.

*Im Trend sind so genannte Jugendfeuerwehren, wo Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren sich erste Grundkenntnisse im Feuerwehrdienst aneignen können. Mit der Gründung von Jugendfeuerwehren erhofft man sich aber vor allem bessere Rekrutierungschancen für Angehörige der Feuerwehr. Benken, Kaltbrunn und Schänis (und allenfalls Uznach-Schmerikon) beabsichtigen, die Gründung einer Jugendfeuerwehr im Jahre 2009."*

## **Begrüssung**

Nach diesen einleitenden Worten begrüsst Gemeindepräsident Erich Jud alle Anwesenden freundlich zur heutigen Bürgerversammlung. Er dankt allen, die sich für die politischen Geschehnisse in unserer Gemeinde interessieren.

Einen besonderen Gruss richtet er an seinen Vorgänger, alt Gemeindepräsident Alphons Schwizer, und an alle ehemaligen Gemeinderäte. Aber auch allen, die erstmals oder erstmals in Schänis an einer Bürgerversammlung teilnehmen, entbietet der Vorsitzende einen herzlichen Willkommensgruss. Er hofft, die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger davon überzeugen zu können, dass die Schänner gesprächsbereite Partner und gute Demokraten sind.

Ebenfalls gibt Gemeindepräsident Erich Jud seiner Freude darüber Ausdruck, dass er Gemeinderat Manuel Kempf nach einem mehrwöchigen Kuraufenthalt wieder völlig genesen am Gemeinderatstisch begrüssen darf.

Bevor er zur Behandlung der traktandierten Geschäfte kommt, stellt Gemeindepräsident Erich Jud fest, dass

- zur heutigen Bürgerversammlung rechtzeitig eingeladen wurde und die Unterlagen mit der Jahresrechnung ebenso rechtzeitig zugestellt wurden;
- die Bürgerversammlung somit rechtskräftig durchgeführt werden kann.

Die Traktandenliste präsentiert sich wie folgt:

1. Jahresrechnung 2007 der Schulgemeinde und Bericht der Geschäftsprüfungskommission
2. Jahresrechnung 2007 der politischen Gemeinde und Bericht der Geschäftsprüfungskommission
3. Voranschlag und Steuerplan 2008
4. Änderung der Gemeindeordnung: Streichung der Übergangsbestimmung betreffend Mitgliederzahl des Gemeinderates

5. Einbürgerungen
6. Allgemeine Umfrage

Der Versammlungsleiter stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt und gelangt damit in der vorliegenden Form zur weiteren Behandlung.

## **1. Jahresrechnung 2007 der Schulgemeinde und Bericht der Geschäftsprüfungskommission**

Nach Inkorporation der Schulgemeinde Schänis in die Politische Gemeinde Schänis per 1. Januar 2008, haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der politischen Gemeinde über die Jahresrechnung 2007 der Schulgemeinde zu befinden.

Gemeindepräsident Erich Jud verweist auf die auf den Seiten 96 bis 108 im Amtsbericht abgedruckte Zusammenfassung der Jahresrechnung der Schulgemeinde 2007 und den auf der Seite 109 zu findenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission der Schulgemeinde. Ohne gegenteilige Aufforderung geht er davon aus, dass Nichtbelesen der Rechnung gewünscht wird.

Der Vorsitzende ergänzt die Informationen im Amtsbericht mit der Feststellung, dass die Schulgemeinde am guten Rechnungsabschluss der politischen Gemeinde wesentlich beteiligt sei, da der Aufwand um 243'000 Franken unter dem Budget gelegen habe.

Gemeindepräsident Erich Jud eröffnet die Diskussion über die Jahresrechnung der Schulgemeinde und den Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen ist, folgt die Abstimmung über den Antrag der Geschäftsprüfungskommission der Schulgemeinde:

**Die Jahresrechnung 2007 der Schulgemeinde Schänis sei zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.**

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich für die Zustimmung.

## **2. Jahresrechnung 2007 der politischen Gemeinde und Bericht der Geschäftsprüfungskommission**

Gemeindepräsident Erich Jud verweist auf die auf den Seiten 29 bis 67 im Amtsbericht abgedruckte Zusammenfassung der Jahresrechnung und den auf den Seiten 68 und 69 zu findenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission. Ohne gegenteilige Aufforderung geht er davon aus, dass Nichtbelesen der Rechnung gewünscht wird.

Der Vorsitzende ergänzt die Informationen im Amtsbericht mit folgenden Feststellungen:

Die Laufende Rechnung des Gemeindehaushaltes schliesst mit einem sehr guten Ergebnis, nämlich mit einem Ertragsüberschuss von 1'398'730 Franken ab.

Bei der Abnahme der Rechnung 2007 sind folgende Punkte zu beachten:

- Für die Schulgemeinde mussten - wie bereits erwähnt - 243'000 Franken weniger ausgegeben werden.
- 260'375 Franken Ertrag resultierten aus dem Verkauf eines Grundstücks an die EVS AG.
- Als Teil der Rechnungsabnahme sind auch die abgerechneten Investitionsvorhaben in Betracht zu ziehen, wie. z.B. die Unwetter 2005 und 2006 oder die Bau- und Planungskosten für die Gewässer.
- Mit der Abnahme der Rechnung 2007 werden zusätzliche Sonderabschreibungen von 668'700 Franken bewilligt.

Gemeindepräsident Erich Jud eröffnet die Diskussion über die Jahresrechnung und den Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den ersten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

**Die Jahresrechnung 2007 der Politischen Gemeinde Schänis sei zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.**

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich für die Zustimmung.

### 3. Voranschlag und Steuerplan 2008

Auch der Voranschlag pro 2008 ist ab Seite 29 zusammen mit der Jahresrechnung jeweils in der rechten Spalte im Amtsbericht publiziert. Der Steuerplan pro 2008 ist auf Seite 53 zu finden.

Mit Verweis auf dieses Zahlenmaterial bemerkt der Vorsitzende Nachstehendes:

*"Geschäftsprüfungskommission und Gemeinderat haben sehr intensiv über das nun vorliegende Budget beraten. Mit Fug und Recht darf gesagt werden, dass jede Budgetposition genau unter die Lupe genommen wurde.*

*Die Steuern ihrerseits sollen, und dies ist sicher sehr erfreulich, um nicht weniger als 16 Steuerprozent gesenkt werden. Hält man auch die auf die Gemeinden zukommenden Revisionen der Steuergesetzgebung vor Augen, ist die nun vorgeschlagene Steuersenkung nach meiner persönlichen Einschätzung das oberste Mass des Verantwortbaren. Allerdings sollen auch keine Steuern auf Vorrat erhoben werden. Mittelfristig kann der Steuerfuss nach meiner Ansicht nur stabil gehalten werden, wenn das Projekt zur Sanierung der Bäche bald umgesetzt werden kann, damit auch Erschliessung und Überbauung der erworbenen Liegenschaft der Erbgemeinschaft Hager möglich werden.*

*Die Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat sind davon überzeugt, der Bürgerschaft ein gutes und faires Budget vorlegen zu können.*

*Ich würde mich freuen, wenn die heutige Bürgerversammlung zum gleichen Ergebnis kommt."*

#### **Änderung Konto 944, Rathausplatz 16**

Gemäss weiteren Ausführungen des Gemeindepräsidenten, schlägt der Gemeinderat der Bürgerschaft eine Aufstockung des Kredites für die Aussenrenovation des gemeindeeigenen Gebäudes "Rathausplatz 16" von 200'000 auf 265'000 Franken vor.

#### **Begründung**

Weil davon ausgegangen wird, dass das Gebäude Rathausplatz 16 während den nächsten zehn Jahren als Wohnraum vermietet wird, hat der Gemeinderat mit dem Budget eine Renovation der Aussenhülle vorgesehen; und zwar so, dass zu einem späteren Zeitpunkt, sofern für notwendig befunden, eine Innenrenovation vorgenommen werden kann. Damit soll das Bild für einmal nicht nur auf dem Papier, sondern mit Taten verschönert werden. Der Gemeinderat hat dabei mit Kosten von 200'000 Franken (im der Bürgerschaft zugestellten Budget) gerechnet. Eine Renovation nur mit einer Riss-Sanierung wäre für dieses Geld möglich gewesen. Mit einer besseren Isolation (z.B. teurere neue Fenster und neuer Putz) und ein paar anderen Massnahmen, könnte man hingegen vom Klimarappen profitieren und es könnte massgeblich Energie gespart werden. Der Gemeinderat hat darum beschlossen, der Bürgerschaft die ökologischere Variante vorzuschlagen und einen Zusatzkredit von

65'000 Franken einzuholen. Auf das Rechnungsergebnis hat dies keinen Einfluss, der Bezug aus der Reserve steigt von 164'000 auf 229'000 Franken.

Die Diskussion zum Änderungsantrag des Gemeinderates wird nicht verlangt.

**In der darauffolgenden Abstimmung wird dem Änderungsantrag des Gemeinderates, den Kredit für die Aussenrenovation des gemeindeeigenen Gebäudes "Rathausplatz 16" von 200'000 auf 265'000 Franken aufzustocken, mit einer Gegenstimme zugestimmt.**

Darauffolgend eröffnet der Vorsitzende die Diskussion zum Voranschlag und Steuerplan 2008.

Peter Böni-Schneebeli, C. Schwitter-Strasse 12, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, bezieht sich namens der Geschäftsprüfungskommission auf die Prognose des Gemeinderates auf Seite 52 des Amtsberichtes, wonach bei einem Steuerfuss von 140 Prozent in den nächsten Jahren wohl Bezüge vom Eigenkapital getätigt werden müssen. Die Geschäftsprüfungskommission sehe diese Einschätzung als nicht realistisch und sei davon überzeugt, dass der Steuerfuss von 140 Prozent auch künftig ohne Eigenkapitalbezüge zu halten sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe dies bereits in ihrem Bericht erwähnt. Es entstünden gewisse Synergiepotentiale mit der Einheitsgemeinde, nämlich bei Administration und Infrastruktur. In den Bereichen Schulverwaltung, allgemeiner Verwaltung, Bewartung und Winterdienst seien als Folge der Einheitsgemeinde Einsparmöglichkeiten vorhanden. Werden diese Einsparmöglichkeiten genutzt, könne ein Bezug von Eigenkapital umgangen und trotzdem der Steuerfuss von 140 Prozent gehalten werden.

Gemeindepräsident Erich Jud präzisiert seinerseits, dass es erklärterweise nicht das oberste Ziel des Gemeinderates sei, das Eigenkapital anzubrauchen.

Da keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den zweiten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

**Die Anträge des Rates über Voranschlag mit einem Gemeindesteuerfuss von 140 Prozent für das Rechnungsjahr 2008 seien zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird ohne Gegenstimme zugestimmt.**

Die Bürgerschaft kann seitens des Vorsitzenden den Dank für ihr Vertrauen entgegennehmen. Der Gemeinderat werde bestrebt sein, jeden heute bewilligten Franken zum Wohle aller einzusetzen.

Zudem ist es Gemeindepräsident Erich Jud an dieser Stelle ein Bedürfnis, der Geschäftsprüfungskommission, allen Mitgliedern des Gemeinde- und des Schulrates, allen Angestellten und Mitarbeitern der Einheitsgemeinde zu danken. Er sei überzeugt davon, dass auch im laufenden Jahr wieder alle Aufgaben in gutem Einvernehmen gelöst werden können.

#### **4. Änderung der Gemeindeordnung: Streichung der Übergangsbestimmung betreffend Mitgliederzahl des Gemeinderates**

Gutachten und Antrag finden sich auf der Seite 70 des Amtsberichtes.

Die von der Bürgerschaft am 15. September 2006 im Hinblick auf die Einführung der Einheitsgemeinde erlassene Gemeindeordnung (GO) der Politischen Gemeinde Schänis - in Kraft seit 1. Januar 2008 - beinhaltet folgende Übergangsbestimmung:

Für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 besteht der Gemeinderat aus dem Gemeindepräsidenten, dem Schulratspräsidenten oder der Schulratspräsidentin sowie sechs weiteren Mitgliedern.

Ein Merkmal der Einheitsgemeinde ist die Einsitznahme des Schulratspräsidenten oder der Schulratspräsidentin in den Gemeinderat. Zum Zeitpunkt der Definition dieser Übergangsbestimmung war davon auszugehen, dass alle für die Amtsdauer 2005/2008 gewählten Gemeinderatsmitglieder bis zum ordentlichen Ablauf der Amtsdauer, also bis 31. Dezember 2008, im Amt bleiben. Mit der durch die Einführung der Einheitsgemeinde per 1. Januar 2008 bedingten Einsitznahme des am 25. November 2007 ehrenvoll wiedergewählten Schulratspräsidenten Ernst Morger hätte der Gemeinderat bis zum Ende der laufenden Amtsdauer für ein Jahr aus acht Mitgliedern bestanden.

Durch den unerwarteten Rücktritt von alt Gemeindevizepräsident Ruedi Nick per 31. Dezember 2007 wird diese Übergangsbestimmung hinfällig, da der Rat nun bereits seit 1. Januar 2008 wie in Art. 27 der GO vorgesehen aus sieben Mitgliedern besteht.

Die Gemeindeordnung soll daher mittels Nachtrag dahingehend geändert werden, als dass die Übergangsbestimmung ersatzlos zu streichen ist. Damit kann erreicht werden, dass die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder mit der geltenden Gemeindeordnung in Übereinstimmung ist. Nach Beschlussfassung des Nachtrags durch die Bürgerschaft, wird dieser dem Departement des Innern zur Genehmigung eingereicht.

#### **Antrag**

**Folgende Übergangsbestimmung der Gemeindeordnung vom 15. September 2006 sei ersatzlos zu streichen:**

Für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 besteht der Gemeinderat aus dem Gemeindepräsidenten, dem Schulratspräsidenten oder der Schulratspräsidentin sowie sechs weiteren Mitgliedern.

**Die Versammlung stimmt dem Antrag diskussionslos und ohne Gegenstimme zu.**

Der Vorsitzende bemerkt, der Gemeinderat bestehe damit auch im Jahre 2008 aus insgesamt sieben Mitgliedern.

## 5. Einbürgerungen

Ergänzend zu den Ausführungen und Gutachten auf den Seiten 71 bis 74 im Amtsbericht, wendet sich Gemeindepräsident Erich Jud mit nachstehenden Worten an die Bürgerversammlung:

*"Festgestellt werden darf, dass die Anzahl der Einbürgerungsgesuche markant zurückgegangen ist. In Schmerikon, mit weniger Einwohnern als Schänis, wurden dieses Jahr 64 Personen eingebürgert. Eine Person wurde in Schmerikon abgelehnt.*

*Um Schweizerbürger zu werden, bedarf es bestimmter Voraussetzungen; zuerst einmal müssen bestimmte Fristen erfüllt sein. Sodann sind die einzelnen Gesuche vom Einbürgerungsrat auf folgende Kriterien hin zu prüfen:*

- *Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse*
- *Vertraut sein mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen*
- *Beachten der schweizerischen Rechtsordnung*
- *Nichtgefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz*

*Die Einbürgerungsräte freuen sich, Ihnen heute Gesuche von Menschen vorlegen zu dürfen, welche die obgenannten Kriterien erfüllen. Die Gesuchsteller würden sich freuen, wenn sie als Bürgerinnen und Bürger in unsere Gemeinschaft aufgenommen würden.*

*Ich darf erwähnen, dass alle Beschlüsse der Einbürgerungsräte einstimmig zustande gekommen sind.*

*Bei den heute um das Bürgerrecht Nachsuchenden handelt sich ausnahmslos um Personen, die nichts auf dem Kerbholz haben, also nicht im Strafregister verzeichnet sind und auch keine Schulden und die Steuern bezahlt haben. Es sind Menschen, die mit uns und bei uns arbeiten und leben wollen."*

Mit dem Hinweis, dass über jedes Gesuch einzeln abgestimmt und demzufolge über jedes Gesuch einzeln diskutiert und demokratisch befunden werden könne, eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die allgemeine Diskussion zu Traktandum fünf.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, gelangen die einzelnen Gesuche zur Behandlung.

## **a. Einbürgerung von Kole Lekaj**

### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis-Dorf an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Lekaj, Kole**, geb. 20. April 1987, Serbischer Staatsangehöriger, ledig, wohnhaft in 8718 Schänis, Büelen Dorf 512,

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Kole Lekaj in Schänis-Dorf SG zu.**

## **b. Einbürgerung von Ana Kuraja-Tomic mit Sohn**

### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Kuraja-Tomic, Ana**, geb. 28. August 1966, verheiratet, in die Einbürgerung einbezogener Sohn
- **Kuraja, Petar**, geb. 9. März 1998, beide kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in 8718 Schänis, Grossstein 2,

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 93 Ja-Stimmen gegenüber 90 Nein-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Ana Kuraja-Tomic und Petar Kuraja in Schänis SG zu.**

### **c. Einbürgerung von Murat und Zina Baltic-Zornic**

#### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Baltic-Zornic, Murat**, geb. 3. Dezember 1959, verheiratet, in die Einbürgerung einbezogene Ehefrau
- **Baltic-Zornic, Zina**, geb. 14. Februar 1964, verheiratet, beide serbische Staatsangehörige, wohnhaft in 8718 Schänis, untere Leimenstrasse 1,

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Murat und Zina Baltic-Zornic in Schänis SG zu.**

### **d. Einbürgerung von Ursula Heckler mit Tochter**

#### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Heckler, Ursula**, geb. 16. Februar 1962, geschieden, in die Einbürgerung einbezogene Tochter
- **Heckler, Alexandra**, geb. 27. Juni 1991, beide deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in 8718 Schänis, Ziegelhof 16,

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Ursula und Alexandra Heckler in Schänis SG zu.**

## **6. Allgemeine Umfrage**

Keine Wortmeldungen.

Gemeindepräsident Erich Jud schliesst die Bürgerversammlung mit einem Wort des 35. Präsidenten der USA, John F. Kennedy:

"Das Leben ist ungerecht, aber denke daran: Nicht immer zu deinen Ungunsten."

---

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Versammlungsleiter:

Der Protokollführer:

.....  
Erich Jud, Gemeindepräsident

.....  
David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Die Stimmzähler:

.....  
Alexandra Büsser

.....  
Anton Glarner

.....  
Verena Glarner

.....  
Emil Schwitter

---

In Anwendung von Art. 65 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 14. April bis 21. April 2007 öffentlich aufgelegt.